



#YOUTHSPACE23

Berlin

November 15th-17th 2023

ABSCHLUSSERKLÄRUNG

Einleitung

Vom 15. bis 17. November 2023 kamen mehr als 50 Jugendvertreter aus den nationalen Jugendräten in Berlin zusammen, um an der Youth SPACE-Konferenz “Die Zukunft des Europarates nach dem Vierten Europaratsgipfel” teilzunehmen.

Sie repräsentierten 22 Länder und wurden vom Europäischen Jugendforum und vom Jugendbeirat des Europarates begleitet.

Die Konferenz wurde von der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundesjugendring und dem Europarat initiiert und ausgerichtet mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes.



Deutscher Bundestag



Einleitung

Auf dem 4. Gipfel der Staats- und Regierungschefs des Europarates wurde in der „Erklärung von Reykjavík“ festgestellt, dass die gemeinsamen Werte der Demokratie, Freiheit und Menschenrechte nicht selbstverständlich und in Stein gemeißelt sind. Die Demokratie-Grundsätze von Reykjavík bieten daher einen konkreten Rahmen für die Gestaltung der Zukunft des Europarates.

In dieser Abschlusserklärung erinnern die Teilnehmer daran, dass alle Prozesse zur Stärkung der Demokratie und zum Aufbau der Zukunft des Europarates als Institution die Beteiligung junger Menschen und der sie vertretenden Organe, wie den Jugendbeirat, das Europäische Jugendforum und die nationalen Jugendräte, aktiv einbeziehen müssen.



Liste der Abkürzungen

ER	Europarat
PVER	Parlamentarische Versammlung des des Europarates
JB	Jugendbeirat
NJR	Nationaler Jugendrat
KI	Künstliche Intelligenz
MR	Menschenrechte
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EJS	Europäische Jugendstiftung



Abschlussklärung – Die Sicht junger Menschen auf die Ukraine und die Verantwortung des Europarates

- Aufruf an die Mitgliedstaaten, ukrainische Jugendgemeinschaften in den Mitgliedstaaten zu unterstützen und ihnen dabei zu helfen, die Beziehungen zur Ukraine aufrecht zu erhalten.
- Befürwortung und Unterstützung der Schaffung eines „Vorübergehend Umgesiedelten“-Status für vom Krieg betroffene ukrainische junge Menschen, der den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Möglichkeiten während ihrer Vertreibung gewährleistet.
- Unterstützung von Initiativen, durch die junge Menschen an den Entscheidungsprozessen in der Politik und an Maßnahmen im Zusammenhang mit Korruptionsbekämpfung und Rechtsstaatlichkeit beteiligt werden.



Abschlusserklärung – Die Sicht junger Menschen auf die Ukraine und die Verantwortung des Europarates



- Förderung von Kooperationen mit Medienunternehmen, um einen verantwortungsvollen Journalismus zu fördern.
- Beteiligung an internationaler Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten, um bewährte Verfahren, Ressourcen und Fachkenntnisse im Hinblick auf Medienkompetenz-Initiativen auszutauschen.
- Entwicklung benutzerfreundlicher digitaler Bildungsplattformen, die einem breiten Publikum zugänglich sind.

Abschlussklärung – Die Sicht junger Menschen auf die Zukunft der Menschenrechte im Kontext von Klimawandel und Digitalisierung



- Ergreifen von Maßnahmen, die notwendig sind, um einen gleichberechtigten Zugang zu digitalen Möglichkeiten zu gewährleisten, wie beispielsweise Zugang zum Internet, zu digitaler Infrastruktur, Open-Source-Informationen, digitaler Bildung - immer im Hinblick auf die Menschenrechte.
- Einleitung einer breiten und inklusiven Diskussion über KI. Festlegung von Regeln, die diese regulieren. Da junge Menschen in hohem Maße von KI betroffen sind, sollten sie Teil dieses Forums sein.
- Wir fordern den Europarat auf, mit der Erarbeitung eines Übereinkommens über Umweltrechte nach dem Vorbild der EMRK zu beginnen, das die Staaten mithilfe des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Verantwortung zieht.

Abschlussklärung – Die Sicht junger Menschen auf die Zukunft der Menschenrechte im Kontext von Klimawandel und Digitalisierung

- Wir fordern den Europarat auf, zweckgebundene Mittel für lokale Projekte zuzuweisen, die darauf abzielen, mithilfe der Europäischen Jugendstiftung die Einbeziehung junger Menschen in Umweltbelange zu verstärken.
- Einen qualitativ hochwertigen Kommunikationsplan bzw. eine Kampagne zu entwickeln, die darauf abzielt, eine leichter zugängliche, einfachere und inklusive Sprache zu verwenden, die die unterschiedlichen Zielgruppen erreichen kann.
- Zu gewährleisten, dass die Politiken und Maßnahmen des Europarates in Reaktion auf Fragen im Zusammenhang mit Klimawandel und KI benachteiligte junge Menschen nicht noch mehr marginalisieren.



Abschlusserklärung – Die Sicht junger Menschen auf die Demokratie-Grundsätze von Reykjavík

- Aufruf an die PVER, bereits existierende Strukturen zur Beteiligung junger Menschen zu stärken und auf zielführende Art und Weise einzubeziehen, z.B. durch die Forderung nach mehr finanzieller Unterstützung. Forderung, Strukturen wie den Jugendbeirat und die Jugenddelegierten zum Kongress auszubauen und mit ihnen innerhalb der Organisation zusammenzuarbeiten. Erhöhung der Anzahl junger Expertinnen und Experten, die mit dem Europarat zusammenarbeiten, wobei es wichtig ist, ein ausgewogenes Beteiligungsverhältnis unter Berücksichtigung geografischer Gesichtspunkte, der Mitgliedstaaten und der Geschlechter zu schaffen.
- Anerkennung und Stärkung der nationalen Jugendräte, die vom Europäischen Jugendforum anerkannt sind, als Partner auch über die Jugendpolitik hinaus, z.B. durch die Aktualisierung und verstärkte Umsetzung der Empfehlung von 2006 des Ministerkomitees, die sicherstellt, dass die nationalen Jugendräte von Anfang bis Ende am Entscheidungsprozess beteiligt sind.
- Aufruf zur Ausarbeitung einer Empfehlung der PVER über standardisierte Verfahren für eine zielführende Beteiligung junger Menschen sowie Einladung an die NJR an den Länderüberwachungsmissionen im Hinblick auf die Normen des ER beizutragen, wenn diese stattfinden. Forderung an die PVER, einen Kandidaten für das Amt des Menschenrechtskommissars zu wählen, der die Rechte junger Menschen priorisiert, und einen Sonderberater für die Rechte junger Menschen ernennt.
- Schaffung einer barrierefreien einheitlichen Plattform zur Erleichterung des Informationsaustauschs, der Entwicklung von Netzwerken, des Dialogs und einer Partnerschaft zwischen den NRJ und allen anderen Mitgliedern des Mechanismus des Europarates für die Teilhabe junger Menschen, um Engagement, den Zugang zu Informationen und Transparenz zu fördern. Der Europarat sollte die verschiedenen Aktivitäten und Initiativen der Plattform, z.B. durch regelmäßige Sitzungen, die Informationsbibliothek und den Kapazitätsaufbau der Beteiligten, unterstützen.

Abschlusserklärung – Die Sicht junger Menschen auf die Demokratie-Grundsätze von Reykjavík

- Der Europarat wird nachdrücklich aufgefordert, sich für die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre in den Mitgliedstaaten einzusetzen. Um zu gewährleisten, dass die Wählerinnen und Wähler angemessen informiert sind und in der Lage sind, informierte Entscheidungen zu treffen, müssen die Mitgliedstaaten eine obligatorische offizielle und informelle staatsbürgerliche demokratische Bildung in ihre Bildungspolitik aufnehmen. Zusätzlich sollte das Mindestalter für das passive Wahlrecht für gewählte Ämter gesenkt werden. Letztendlich sollte eine Harmonisierung des aktiven und passiven Wahlrechts in allen Mitgliedstaaten des Europarates erreicht werden.
- Aufruf an die PVER, sowohl in ihren nationalen Parlamenten als auch im Europarat für die Zuweisung finanzieller Mittel für anerkannte nationale Jugendräte einzutreten, auch für solche, die mit Krieg und undemokratischen Regimen zu kämpfen haben. Dies sollte durch eine Überprüfung der Finanzierungsmechanismen erfolgen, potenzielle Änderungen an der Satzung der EJV eingeschlossen.

Anmerkungen im Hinblick auf eine intensive Teilhabe junger Menschen

Bei der Teilhabe am demokratischen Leben einer jeden Gemeinschaft geht es um mehr als darum, zu wählen oder sich zur Wahl zu stellen, obwohl es sich dabei um wichtige Elemente handelt. Junge Menschen sind motiviert und an politischen Fragen in unseren Gesellschaften interessiert. Sie sind jedoch der Ansicht, dass die traditionellen Wege für eine Teilhabe ihr Versprechen nicht einlösen. Die junge Zivilgesellschaft war besonders stark vom schrumpfenden bürgerlichen Raum betroffen, hat jedoch in Krisenzeiten Unterstützung geleistet.

Diskriminierung aller Art sowie das allgemeine Ignorieren und die Infantilisierung junger Menschen stellen zusätzliche Hindernisse für die Einbindung junger Menschen in demokratische Prozesse und Institutionen dar und schaffen eine Atmosphäre des Misstrauens und der Entmündigung.

Durch Mitbestimmung setzt der Europarat ein Beispiel für eine bewährte Praxis zur Teilhabe junger Menschen und ist an der Entwicklung und Umsetzung von Standards für eine intensive Teilhabe junger Menschen beteiligt. Dieses Beispiel für eine bewährte Praxis sollte insbesondere dann angewandt werden, wenn es um die Zukunft des Europarates geht. Die Konferenz beweist, dass junge Menschen den Europarat brauchen, doch auch der Europarat braucht die junge Generation.



Schlussbemerkungen

Die Vertreterinnen und Vertreter der teilnehmenden nationalen Jugendräte begrüßen die Tatsache, dass die Parlamentarische Versammlung des Europarates sich dem Thema junger Menschen als Partner zuwendet, um der Bedeutung der Teilhabe junger Menschen an der PVER Rechnung zu tragen.

Die von der deutschen Delegation in der PVER veranstaltete Konferenz hat gezeigt, dass die Zusammenarbeit von nationalen Abgeordneten und Jugendvertretern mit damit einhergehenden Initiativen erfolgreich sein kann. Diese Verbindung zwischen den nationalen Delegationen, den Jugendräten und dem Europarat sollte weiter gestärkt werden.

Die Jugendabteilung des Europarates leistet hierzu einen entscheidenden Beitrag. Die weitere Stärkung dieser Abteilung ist ein zentrales Element für die Einbeziehung junger Menschen und ihrer Interessen.

